

Seite an Seite für die Personenfreizügigkeit

Podium Wirtschaftsvertreter und Gewerkschafter setzten sich zusammen für die Personenfreizügigkeit ein. Uneinigkeit herrscht bei Mindestlöhnen.

VON MARCO WÖLFELI

Am Donnerstagabend diskutierten im Restaurant Einstein in Aarau Gewerkschafter und Arbeitgebervertreter über das Freizügigkeitsabkommen und die dazugehörigen flankierenden Massnahmen. Auch wenn sie aus verschiedenen Lagern stammten, waren sich die Teilnehmer in einem Punkt einig: «Die Personenfreizügigkeit hat sich für uns gelohnt», bilanzierte Peter Lüscher, Geschäftsleiter der Aargauischen Industrie- und Handelskammer. Auch sein Antipode Kurt Emmenegger vom Aargauischen Gewerkschaftsbund stimmt zu: «Dank den flankierenden Massnahmen wurde der Arbeitnehmerschutz stark verbessert.» Die Personenfreizügigkeit war also der gemeinsame Nenner, worauf sich alle einigen konnten. Doch damit war die Einigkeit schon vorbei. Daniel Lampart, Chefökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, und sein Aargauer Kollege Emmenegger forderten wiederholt Mindestlöhne. Diese seien ein probates Mittel, um Lohndumping vorzubeugen.

Erwartungsgemäss löste diese Aussage bei Lüscher heftigen Wider-



Von links: Daniel Lampart (SGB), Kurt Emmenegger (AGB), Urs Hofmann (Landammann), Mathias Küng (Moderator), Peter Lüscher (AIHK) und Gerhard Moser (ABV).

WALTER SCHWAGER

«Die Arbeitgeber müssen zu den Leuten schauen, sonst folgt bald die Quittung.»

Daniel Lampart, Ökonom SGB

spruch aus. Durch Mindestlöhne könnten Arbeitsplätze verlegt werden, warnte er. Diese Warnung gab Lampart jedoch postwendend zurück: «Die Arbeitgeber müssen zu

den Leuten schauen, sonst folgt bald die Quittung.»

Gerhard Moser vom Aargauischen Baumeisterverband kennt die Lohndumping-Situation aus eigener Erfahrung. Als Geschäftsführer der Arbeitsmarktkontrolle weiss er von den Problemen, die beim Durchsetzen der flankierenden Massnahmen auftauchen: «Die Richtlinien des Bundes im Umgang mit Scheinselbstständigen sind im Vollzug nicht nützlich.» Daniel Lampart versprach darauf, sich auf Bundesebene dafür einzu-

setzen, dass klarere Verhältnisse geschaffen werden.

Er betonte, dass man gerade im Hinblick auf die SVP-Einwanderungsinitiative bei Problemen mit den flankierenden Massnahmen nicht wegschauen dürfe. Auch Landammann Urs Hofmann bekräftigte zum Abschluss die Wichtigkeit der flankierenden Massnahmen: «Die Personenfreizügigkeit zu künden, wäre eine Katastrophe. Und ohne nützliche flankierende Massnahmen hätte die Initiative der SVP gute Chancen.»